



2016/36 Inland

<https://jungle.world/artikel/2016/36/chillen-gegen-erdogan>

In Köln veranstalten Kurden eine Großkundgebung

Chillen gegen Erdogan

Von **Stefan Laurin**

Auch wenn die Kölner Polizei anderes vorhergesagt hatte: 30 000 Kurden veranstalteten am Wochenende ein entspanntes Fest, um gegen die autoritäre und antikurdische Politik der Türkei zu protestieren.

Essensstände, Fahnen mit dem Konterfei des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, in der Sonne picknickende Familien, YPG-Logos, flirtende Teenager, viel Musik, Bücherstände – die von Navdem, dem »Demokratischen Gesellschaftszentrum der Kurden in Deutschland«, angemeldete Kundgebung auf der Deutzer Werft gegenüber dem Kölner Dom war der Gegenentwurf zu der fünf Wochen zuvor an selber Stelle abgehaltenen Kundgebung von 30 000 Anhängern des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Diese hatten sich wie eine türkische Pegida verhalten, aggressiv die Todesstrafe gefordert, die Medien als Lügenpresse beschimpft und nahezu ohne Unterbrechung ihrem Idol gehuldigt.

Die etwa ebenso zahlreichen Teilnehmer der kurdischen Kundgebung belehrten den Kölner Polizeipräsidenten Jürgen Mathies damit eines Besseren. Dieser hatte über Wochen Panik wegen der kurdischen Veranstaltung geschürt. Nur ein auf der Deutzer Brücke abgestellter Rucksack sorgte kurzzeitig für hektische Betriebsamkeit der Staatsmacht. Die Brücke wurde gesperrt und ein Bombenkommando herbeigerufen. Allerdings erwies sich der Inhalt des Rucksacks als harmlos.

Eigentlich hätte ein kurdisches Kulturfest im Rheinenergie-Stadion stattfinden sollen. Das hatte Mathies jedoch verhindert. Die massive Polizeipräsenz auf der Deutzer Werft erwies sich als heillos übertrieben, zumal sich eine Gegenkundgebung von Erdoğan-Anhängern im Schatten der nahen Lanxess-Arena als Flop erwies: Nicht einmal ein Dutzend Teilnehmer beschworen hier den terroristischen Charakter von PKK und YPG und sahen in den Kämpfen in Syrien den Versuch, »Grenzen neu zu ziehen« – womit sie die Entstehung eines Kurdenstaats meinten.

Aber so entspannt die ganze Veranstaltung wirkte, so ernst war angesichts des Einmarsches der Türkei in die Kurdengebiete Syriens und des großen Militäreinsatzes gegen Kurden ihr Anliegen. Immer wieder forderten Teilnehmer die Freiheit Öcalans und riefen »Mörder Erdoğan«. Salih Müslim, einer der Vorsitzenden der kurdischen Partei PYD in Syrien, sagte, die Kurden hätten sich in den vergangenen Jahren auf den Kampf gegen

den »Islamischen Staat« (IS) konzentriert. Diese Phase sei mit dem Einmarsch der Türkei zu Ende gegangen, der er eine militärische Niederlage prophezeite.

Moderate Töne schlug der Hauptredner des Tages an, Selahattin Demirtaş, einer der Vorsitzenden der prokurdischen türkischen Partei HDP. Lange mussten die Besucher auf ihn warten. Hinter der Bühne machten Gerüchte die Runde, er komme nicht, da die Einreise im letzten Augenblick verhindert worden sei. Erleichterung machte sich breit, als Demirtaş dann doch im schwarzen Audi auf das Veranstaltungsgelände gebracht wurde. Demirtaş sagte, dass Rojava, der von Kurden dominierte und verteidigte Teil Syriens, eigentlich ein Verbündeter der Türkei sein müsste, aber diese habe auf eine Zusammenarbeit mit den »Barbaren des ›Islamischen Staats‹ gesetzt« und wegen dieser Politik verloren. Nun unterstütze die türkische Regierung IS-Terroristen, die in der Uniform der Freien Syrischen Armee um Rojava kämpften. »Der Feind der Türkei sind die Kurden und nicht der IS«, sagte er. Dabei sei die Region ein Vorbild: »In Rojava leben verschiedenen Völker und Menschen unterschiedlichster Religionen friedlich zusammen.« Der Bundesregierung warf Demirtaş vor, kurzsichtig auf die Türkei zu setzen. »Die Stabilität in der Region ist auch wichtig für die Stabilität Deutschlands«, so der Politiker. Die Kurden stellten sich dem IS entgegen, erhielten aber dafür nicht die Anerkennung, die sie verdienten.

Zum Schluss durfte der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, noch die Freilassung Öcalans fordern. Zudem befürwortete er Gespräche aller Konfliktparteien unter Beteiligung Deutschlands. Der Haken an Riexingers Vorschlag: Die Gesprächsbereitschaft in Syrien und der Türkei ist derzeit nicht besonders groß.